



## Frauenhäuserkampf

Salzburg schreibt die Frauenhäuser neu aus – eine Schocknachricht für Unterstützerinnen. Doch die Erschütterung kommt keineswegs aus dem Nichts. Den Plänen geht eine lange Geschichte von Misstrauen und Unverständnis voraus.

VON CHRISTINA PAUSACKL

Als die Nachricht vor eineinhalb Wochen in den ersten Zeitungen aufpopte, hatten Birgit Thaler-Haag und Doris Weißenberger die Ankündigung von Frauenlandesrätin Andrea Klambauer (NEOS) noch nicht verarbeitet. Dass die Landesrätin an den Grundfesten ihrer Frauenhäuser rütteln und die Trägerschaft EU-weit neu ausschreiben will, teilte sie ihnen telefonisch mit. Die Nachricht traf die beiden Frauen ohne Vorwarnung. Eine Ausschreibung der Frauenhäuser ist ein Novum in Österreich. Auch in Deutschland etwa, wo 360 Frauenhäuser bestehen, kam das bis heute nicht vor.

Thaler-Haag ist seit mehr als 20 Jahren in der Frauenhausbewegung tätig und leitet seit 14 Jahren das Frauenhaus in der Stadt Salzburg. Weißenberger führt seit knapp 20 Jahren das Frauenhaus in Hallein. Sie sagen: „Wir verstehen es nicht.“

Seit der ersten Ankündigung ruderte Klambauer ein Stück weit zurück. Sie prüfte, ob rechtlich auch eine lediglich österreichweite Ausschreibung möglich ist. Sie lade doch noch eine Expertinnenrunde ein. Mit der Ausschreibung warte sie ein paar

Wochen zu. Aber grundsätzlich halte sie an ihrem Vorhaben fest. Es wird ausgeschrieben. Ab Mitte 2021 soll der neue Träger mit neuem Konzept seine Arbeit starten.

Weißenberger und Thaler-Haag glauben, Klambauer werde die Frauenhäuser zerstören.

Klambauer findet, die autonomen Frauenhäuser agieren dogmatisch.

Weißenberger und Thaler-Haag bekommen Rückenwind. Opferschutzorganisationen quer durch Österreich, Grüne und SPÖ-Politikerinnen von Stadt über Land bis hin zum Bund, kritisieren die Ankündigung der Landesrätin scharf. Auf die Expertise der Frauenhäuser könne man nicht verzichten.

Klamberger fühlt sich von ihren Kritikerinnen unter Druck gesetzt. Sie findet, „Schrecken zu verbreiten hat hier Methode“.

Martina Bertold, Klambauers Grünen-Amtsvorgängerin, wirft der NEOS-Politikerin vor, sie wolle sich kritischer, feministischer Frauenhaus-Arbeiterinnen entledigen.

Klambauer sagt, sie will einen „Wettbewerb der Ideen“, das Konzept des Gewaltschutzes in Salzburg auf neue Beine

stellen. Nicht kürzen, sondern ausbauen. Unter ihren Vorgängerinnen sei nichts weitergegangen, seit zehn Jahren sei „nichts, gar nichts“ passiert.

Die Frauen, die gerade in den Frauenhäusern in Hallein und Salzburg Schutz vor Männergewalt finden, lesen die Zeitungsberichte. Sie sind verunsichert.

Das konkrete Vorhaben von Klambauer mag abrupt gekommen sein – doch eine Veränderung im Salzburger Gewaltschutznetz bahnte sich schon länger an. Die Kommunikation zwischen Klambauer und den Frauenhausleiterinnen verlief von Beginn an schwierig. Thaler-Haag und Weißenberger sagen, seit Klambauers Amtsantritt 2018 fanden nur zwei kurze persönliche Treffen mit der Landesrätin statt.

Zwischen dem Frauenreferat und den Frauenhäusern schwelt schon seit einem Jahrzehnt ein Konflikt. Der Informationsaustausch läuft heute nur noch selten über persönliche Gespräche, sondern in der Regel über blaue Behördenbriefe. Die Landesvertreterinnen klagen über fehlende Kooperationsbereitschaft und Intransparenz. Die Frauenhausleiterinnen über fehlende Wertschätzung und überbordende Kontrollbürokratie.



**VERHÄRTETE FRONTEN**  
**Landesrätin Andrea Klambauer, Birgit Thaler-Haag und Doris Weißenberger, Maria Rösslthumer (v. l. n. r.)**

Dass das Verhältnis zwischen dem Frauenreferat des Landes und den Frauenhäusern in Hallein und Salzburg inzwischen von großem Misstrauen geprägt ist, legt ein Briefwechsel vom Mai 2019 nahe. Am 6. Mai langte im Frauenhaus Hallein ein profil vorliegendes Schreiben des Frauenreferats ein, mit der Ankündigung: „Das Referat 2/05 – Frauen, Diversität, Chancengleichheit hat Informationen erhalten, dass eine Frau im Frauenhaus untergebracht sei, ohne von Gewalt betroffen zu sein. Als für die Fachaufsicht und Förderung zuständige Stelle des Amtes der Landesregierung sind wir verpflichtet, dem nachzugehen.“

Im Schreiben heißt es weiter: „Für die Prüfung dieser Angelegenheit wird eine Vor-Ort-Kontrolle im Frauenhaus Hallein durchgeführt. Geprüft wird die Dokumentation in Bezug auf die Aufnahme (insbesondere Aufnahmegrund und Kontaktaufnahme) und Betreuung der Frauen im Frauenhaus. Dazu bitten wir um Bereitstellung der entsprechenden Unterlagen. (...) Die Vor-Ort-Kontrolle findet am 20. Mai 2019 statt.“

Knapp zwei Wochen später erreichte ein nahezu identes Schreiben die Frauen-

hausleitung in Salzburg. In diesem Fall habe das Frauenreferat den Hinweis erhalten, dass in der Salzburger Einrichtung eine Frau untergebracht sei, ohne von Gewalt betroffen zu sein. Eine „Vor-Ort-Kontrolle“ wurde für 29. Mai 2019 anberaumt.

Die Frauenhausvertreterinnen waren alarmiert. Die Antwort aus Hallein: „Im Frauenhaus befinden sich, wie in jedem Frauenhaus Österreichs, ausschließlich Frauen, die von Gewalt bedroht und/oder betroffen sind. Wir arbeiten nach den Grundprinzipien der AÖF (Verein der Autonomen Österreichischen Frauenhäuser, Anm.).“

Der Großteil der insgesamt 30 Frauenhäuser in Österreich versteht sich als autonom. Es waren autonome Aktivistinnen der Frauenbewegung, die die ersten Frauenhäuser in den 1970er-Jahren errichteten. Das damalige Grundprinzip der Autonomen gilt bis heute: Politisch unabhängig, aber parteilich für die Frauen.

Frauenhausleiterin Weißenberger erklärte dem Frauenreferat, sie könne keinen Einblick in die Dokumentationen der Frauen gewähren. Auch die Geschäftsführerin der AÖF, Maria Rösslthumer, schaltete sich in die schriftliche Kommunikation ein. Diese Vorgangsweise widerspreche nicht nur dem Opfer- und Datenschutz, sondern auch den Prinzipien der Frauenhausarbeit. Denn: „Ob ein Aufnah-

megrund vorliege, entscheiden die fachlich geschulten Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser und nicht Außenstehende oder gar Gewalttäter selbst.“

Die Mitarbeiterinnen von Frauenhäusern sind besonders sensibel, weil sie laufend mit Anrufen und Hinweisen von Bekannten und Angehörigen eines Gewalttäters oder dem Ex-Partner einer Schutzsuchenden Frau konfrontiert sind, in denen versucht wird, den Aufenthaltsort der Frau herauszufinden oder Bewohnerinnen ihre Gewalterfahrung abzusprechen. Die Frauenhausleiterinnen baten um die Bekanntgabe des Namens der Frau und der Quelle des Hinweises, um den Sachverhalt ohne „Vor-Ort-Kontrolle“ und Akteneinsicht zu klären.

Das Land aber beharrte in einem weiteren Behördenbrief auf Kontrollen in den Frauenhäusern, legte abermals die rechtliche Lage dar und informierte über den Kontrolltermin. Zusatz: Über den Hinweisgeber könne das Referat aus Datenschutzgründen keine Auskunft geben. Zwei Mitarbeiterinnen der Verwaltung führten schlussendlich die Überprüfungen durch. Die Frauenhausleiterinnen legten keine Akten vor, laut ihren Angaben konnte der

**„Es gibt hier viele Justament-Standpunkte und wenig Bereitschaft, die Vorgaben und Ziele des Landes umzusetzen.“**

**Andrea Klambauer, Landesrätin Salzburg**

Verdachtsfall in einem kurzen Gespräch geklärt werden. Auch Landesrätin Klambauer erklärt gegenüber profil: „Der Hinweis hat sich nicht bestätigt.“

Für Rösslthumer ist diese Vorgehensweise beispiellos. Natürlich müsse das Land Vorwürfe überprüfen, aber eine „Vor-Ort-Kontrolle“ in dieser Form habe sie nie erlebt. Im Regelfall lasse sich das durch Gespräche und eine Stellungnahme per E-Mail klären. Laut der AÖF-Chefin sei der Hinweis von einem Gewalttäter gekommen. „Für mich wurde damit eine rote Linie überschritten.“

Landesrätin Klambauer sieht das anders. Die Vorgehensweise sei keinesfalls ungewöhnlich: „Selbstverständlich kommen wir unserer Fachaufsicht nach und besuchen die Einrichtungen regelmäßig. Es ist in unser aller Interesse, dass diese Häuser gut geführt werden und Frauen die optimale Unterstützung bekommen.“ Die Prüfung durch die Beamtinnen sei zudem „sehr wertschätzend“ abgelaufen.

„In Oberösterreich sind solche Vor-Ort-Kontrollen mit Ankündigung einer Akteneinsicht nicht üblich“, sagt Dagmar Andree, Vorsitzende des Frauenhauses Linz. Es gebe klare Vorgaben: Gibt es Vorwürfe, rufe eine Beamtin an, und die Frauenhäuser müssten umfassend darlegen, warum die Aufnahme einer Frau dem Auftrag entspricht. Andree ortet in der Diskussion um die Frauenhäuser ein grundsätzliches Missverständnis: „Ich habe das Gefühl, dass viele nicht wissen, wie es ist, wenn man als Frau in einem Frauenhaus lebt. Wir prüfen die Aufnahme natürlich, im Haus werden die Frauen umfassend betreut, aber sie müssen Termine und strenge Regeln einhalten. Das tut sich keine Frau zum Spaß an.“

Auch in Deutschland sorgt das Vorgehen des Landes für Verwunderung. „Kontrolle kann auch anders erfolgen, als ins Frauenhaus zu stapfen. Solche Fälle hatten wir noch nie“, sagt Heike Herold. Herold ist Geschäftsführerin der Frauenhauskoordinierung e. V., einer von zwei Dachverbänden für Frauenhäuser in Deutschland. Die Finanzierung der Frauenhäuser ist dort wie in Österreich Sache der Länder. Pünktlich zur jährlichen Finanzierungsfrage schwelen auch in Deutschland immer wieder Diskussionen über die nachvollziehbare Verwendung von Steuergeld auf.

„Es gibt Bundesländer, die hohen Kontrollbedarf haben und sich Berichte vorlegen lassen.“ In der Mehrzahl funktionieren die Zusammenarbeit aber gut. „Es hängt meistens von den handelnden Personen ab“, sagt Herold. Regelmäßige run-

## „Viele wissen nicht, was sich in Frauenhäusern tatsächlich abspielt. Sie verstehen nicht, was es heißt, ‚Hochrisiko-Frau‘ zu sein.“

Dagmar Andree, Vorsitzende im Frauenhaus Linz

de Tische in den Kommunen und Ländern hätten dazu geführt, dass es Verständnis für die Positionen des jeweils anderen gibt. Beim Geld hakt es trotzdem: Deutschlandweit fehlt es an Plätzen und Betten.

Auch in Österreich ist der Gewaltschutz chronisch unterfinanziert. Erst vergangenen Donnerstag schlug die Allianz „Gewaltfrei leben“, ein Zusammenschluss von 40 Gewaltschutzorganisationen, Alarm. Viele Mitgliedsvereine hätten über Jahre Schulden geschrieben und würden ihr Angebot nur durch Selbstaubeutung ihrer Mitarbeiterinnen aufrechterhalten können. Es fehlten 210 Millionen Euro für Gewaltprävention. Auch viele Frauenhäuser kämpfen um Ressourcen. In den meisten Bundesländern ist die Finanzierung der Schutzeinrichtung nicht gesetzlich verankert, in Salzburg etwa müssen die Frauenhäuser jährlich um ihr Budget zittern.

Das will Landesrätin Klambauer nun ändern und mit der Ausschreibung dreistatt einjährige Förderverträge abschließen. Das Angebot soll ausgebaut, die Zusammenarbeit mit den Gewaltschutzzentren und Beratungsstellen verbessert werden. „Die Bereitschaft zu Transparenz und Veränderung war leider schon vor meiner Zeit nicht ausreichend gegeben. Meine Erfahrungen zeigen, dass es hier viele Justament-Standpunkte und wenig Bereitschaft gibt, die Vorgaben und Ziele des Landes umzusetzen“, sagt Klambauer.

Die Frauenhausleiterinnen fühlen sich vor den Kopf gestoßen. „Für den Ausbau der Einrichtungen waren wir immer Gesprächsbereit. Aber derzeit kämpfen wir mit einem sehr engen finanziellen Konzept, ich musste im Vorjahr 19 Stunden beim Personal kürzen, damit ich mit dem Geld über die Runden komme“, sagt Thaler-Haag. Die Ausschreibung alle drei Jahre Sorge für einen Ressourcenaufwand und für Unsicherheit. Das Frauenhaus sei nicht vergleichbar mit einer Beratungsstelle, sagt Weißenberger: „Bei uns leben

die Frauen 24 Stunden am Tag. Frauen, die oft höchst traumatisiert sind. Eine gute Mitarbeiterin braucht mindestens ein Jahr, damit sie gut eingearbeitet ist. Wie soll es hier Kontinuität geben? Das schwächt den Gewaltschutz in ganz Salzburg – und das in Zeiten, wo wir fast wöchentlich einen Frauenmord erleben.“

Die Argumentation nützt nichts. Die Rahmenbedingungen für die Ausschreibung stehen laut Klambauer schon fest: Gesucht wird ein Betreiber, der den Bedarf an Frauenhäusern abdecken kann und zudem ein anschließendes Angebot bietet, etwa Übergangswohnungen. Die Konzepte werden zu 60 Prozent nach der Qualität und zu 40 Prozent nach Preis von einer Expertinnengruppe bewertet. Voraussetzung für den Job: Erfahrung in der psychosozialen Betreuung von Frauen. Keine Voraussetzung: Erfahrung in der Führung von Frauenhäusern.

Für Dagmar Andree ist diese Ausschreibung ein „Mega-Gau“. In den Vorgängen in Salzburg ortet sie ein Grundproblem. Die Frauenhausvertreterinnen würden das schon länger merken, sagt sie, wenn sie auf Podiumsdiskussionen auftreten, wenn sie mit Beamten oder auch mit Politikern reden: „Viele wissen nicht sehr gut, was sich in Frauenhäusern tatsächlich abspielt. Sie verstehen nicht, was es wirklich heißt, eine sogenannte Hochrisiko-Frau zu sein und in einem Frauenhaus Schutz zu suchen.“

In den gravierendsten Fällen – und von denen gibt es in den Frauenhäusern viele – geht es um Leben und Tod. Es gibt Frauen, die in andere Bundesländer flüchten, Fälle, wo Frauenhäuser mit dem Bundeskriminalamt zusammenarbeiten, weil Frauen ihre Identität wechseln, um ein neues Leben im Ausland anzufangen. „Wir haben Männer, die vor der Haustür stehen, Männer, die vor der Schule stehen, Männer, vor dem Arbeitsplatz der Frauen stehen.“

Wer in Frauenhäusern arbeitet, brauche genaues Wissen, wie Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse und Gewaltdynamiken in Beziehungen funktionieren. „Wir machen das ja nicht Daumen mal Pi, wir arbeiten mit der Polizei zusammen“, sagt Andree: „Der große Fehler in der Diskussion ist, dass man wirksame Konzepte einfach wegschiebt und nicht auf die Expertise der Frauenhäuser zurückgreift, weil man offenbar nicht weiß, wie hoch der Schutzbedarf ist.“

Klambauer meint, sie habe versucht, auch die beiden bisherigen Frauenhausleiterinnen zu einer Bewerbung zu motivieren – doch sie würden nicht wollen. ■